

„Gut auf dem Markt etabliert“

CDU-Kreistagsfraktion informiert sich über Deponie in Maulbronn

Maulbronn (PK). Zu Jahresbeginn waren nach Angaben der Kreisverwaltung auf der Deponie Hamberg noch etwa 373 000 Kubikmeter Restvolumen verfügbar, wenn alle Deponieabschnitte plangemäß ausgebaut werden. Dieses Volumen entspricht rund 671 400 Tonnen. Jetzt informierte sich die CDU-Fraktion im Kreistag vor Ort über den fünften Abschnitt der Deponie. Der Betrieb stoße in vier Jahren an seine Grenzen, wenn im Durchschnitt weiter 70 000 Tonnen mineralische Abfälle im Jahr eingebaut werden, ergab das Gespräch mit Vertretern von Landratsamt sowie der Hamberg-Deponie-Gesellschaft (HDG). Am Ende dieses Zeitraums sind demnach 25 Prozent Restkapazität übrig, die sich der Enz-

kreis laut Kreistagsbeschluss vorbehalten hat. Bei der Besichtigung informierten Albrecht Tschackert, Geschäftsführer der HDG, sowie Peter Maier als Leiter der Deponie und der Chef des Abfallwirtschaftsamtes des Enzkreises, Ewald Buck, über Einzelheiten des Betriebs. Wie Tschackert sagte, soll die Verfüllung des Abschnitts V der Deponie mit gebremstem Tempo erfolgen. „Wenn wir auf volle Anlieferung setzen würden, wäre er in zwei Jahren verfüllt.“ Die Gesellschaft

habe die Entgelte erhöht und wolle so erreichen, dass jährlich nicht mehr als 70 000 Tonnen statt bisher 107 000 angeliefert werden. 18 Prozent des Materials komme aus dem Enzkreis, fast zwölf Prozent aus Stadt- und Landkreis Karlsruhe, gut drei Prozent aus dem Kreis Rastatt, zwei Drittel seien sonstige Anlieferungen unter anderem aus der Region Stuttgart. Der in Betrieb befindliche Abschnitt mache eine Fläche von 2,3 Hektar aus, so Tschackert laut Pressemitteilung der CDU-

Kreistagsfraktion. Der vor der Realisierung stehende zweite Teil erstreckte sich über 2,4 Hektar. Das im alten Bereich der Deponie entstehende Gas werde gefasst und aufgearbeitet und zu Strom verwandelt, der den Bedarf der Deponie abdeckt, die überschüssige Menge werde ins Netz eingespeist. Ein Schwerpunkt des Gesprächs war nach CDU-Angaben die Frage, ob der Enzkreis eine eiserne Reserve von 25 Prozent sichern soll. Fraktionsvorsitzender Günter Bächle erinnerte daran, dass

die Nutzung des Abschnitts V auf einen Antrag der Union zurückging, um durch die Vermarktung der Kapazitäten früher entstandenen Kosten zu refinanzieren, was auch zur Senkung der Hausmüllgebühren geführt habe. „Das Projekt ist erfolgreich.“ Der Einbehalt eines Restes sei eine Anregung von Kreisrat Martin Reinhardt aus Knittlingen gewesen. Derzeit landen die Reststoffe aus der Verbrennung des Restmülls nicht auf dem Hamberg. Man könne, so Amtsleiter Buck, bei der Ausschreibung der Entsorgungsleistungen die Auflage aufnehmen, dass der Enzkreis das Material nicht zurücknehmen muss, so dass dafür auch weiterhin keine Deponiekapazitäten vorgehalten werden muss.